

1848 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Finanzausschusses

über den Beschluß des Nationalrates vom 15. Juni 1978
betreffend ein Abkommen zwischen der Regierung der Republik
Österreich und der Regierung der Volksrepublik Polen über die
Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung in Zollangelegen-
heiten

Durch das vorliegende Abkommen, das in seiner Präambel auf die Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hinweist, verpflichten sich die Vertragsparteien, sich darum zu bemühen, durch engere Zusammenarbeit den Personen- und Warenverkehr zu erleichtern, über Fachbereiche von beiderseitigem Interesse einen Informationsaustausch zu pflegen und einander bei der Bekämpfung von Zuwiderhandlungen zu unterstützen. Die Zollverwaltungen sollen einander auf Ersuchen Unterstützung leisten zur Verhinderung, Aufdeckung und Verfolgung von Zuwiderhandlungen. Die Unterstützung erfaßt alle Maßnahmen, insbesondere die Vernehmung der verdächtigen Personen sowie der Zeugen oder Sachverständigen, den Augenschein sowie die Beschlagnahme von Gegenständen, die als Beweismittel in Betracht kommen. Unterstützung wird jedoch nicht geleistet, wenn nach den Rechtsvorschriften der ersuchten Vertragspartei die Ahndung der Zuwiderhandlung in die Zuständigkeit der Gerichte fällt. Die Verhaftung von Personen, die Vornahme von Haus- und Personendurchsuchung sowie die Einhebung und zwangsweise Einbringung von Zöllen, anderen Eingangs- oder Ausgangsabgaben, Geldstrafen und sonstigen Beträgen, sind von der Unterstützung ausgenommen. Weiters ist unter anderem vorgesehen, daß die Zollverwaltung auf Ersuchen der Zollverwaltung der anderen Vertragspartei, soweit ihr dies möglich ist, die Ein- und Ausreise bestimmter Personen überwacht, die verdächtig sind, gewerbsmäßig Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften der anderen Vertragspartei zu begehen.

- 2 -

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 19. Juni 1978 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 15. Juni 1978 betreffend ein Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1978 06 19

S c h i c k e l g r u b e r
Berichterstatter

S e i d l
Obmann